

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats und der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1982

Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1982

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeines	2
1. Ministerkomitee	2
2. Parlamentarische Versammlung	2
II. Politische Fragen	3
1. Türkei	3
2. Außenpolitischer Meinungs austausch	3
3. Kolloquium Europa—Japan	3
III. Aus der Tätigkeit des Europarats in seinen sonstigen Aufgabenberei- chen	3
1. Menschenrechtsfragen	3
2. Soziale Fragen und öffentliches Gesundheitswesen	3
3. Kultur und Erziehung	4
4. Medien	4
5. Jugendfragen	4
6. Umweltfragen	5
7. Raumordnung und Städtebau	5
8. Rechtsfragen	5

I. Allgemeines

1. Ministerkomitee

Die 70. Sitzung des Ministerkomitees des Europarats fand am 29. April 1982 statt. Ihr ging am Vorabend wie üblich ein informelles Treffen voraus. Im Vorsitz war Großbritannien durch Staatsminister Hurd vertreten. Nach dessen vorzeitiger Abreise wegen des Konflikts um die Falklandinseln übernahm der österreichische Außenminister Pahr den Vorsitz. Die deutsche Delegation leitete Staatsminister Frau Dr. Hamm-Brücher.

Während des informellen Treffens unterrichtete Großbritannien die Minister über den Stand der Falklandkrise und dankte für die Solidarität und Unterstützung der Mitgliedstaaten des Europarats. Weiterhin wurden die Ost-West-Beziehungen und insbesondere die Lage in Polen erörtert.

Auf der Tagesordnung des Ministerkomitees standen die europäische Zusammenarbeit, Ost-West-Beziehungen, Informationsfreiheit, Terrorismus, Vereinte Nationen sowie die Lage in der Türkei.

Die Aussprache über die europäische Zusammenarbeit konzentrierte sich erneut auf die Frage der Beziehungen zwischen dem Europarat und der EG im Lichte der deutsch-italienischen Initiative zur Schaffung einer Europäischen Union. Im Hinblick auf Befürchtungen, daß es auf kulturellem und rechtlichem Gebiet zu einer Konkurrenz der beiden europäischen Organisationen kommen könnte, unterstrich Staatsminister Frau Dr. Hamm-Brücher, daß nicht eine Schmälerung der Kompetenzen des Europarats beabsichtigt sei. Sie betonte die Komplementarität in den Aktivitäten der beiden Institutionen, die eine gegenseitige Stimulierung bewirken könnte.

Das Ministerkomitee betonte in diesem Zusammenhang erneut seine Überzeugung, daß der Europarat das „bevorzugte Gremium“ für die kulturelle Zusammenarbeit in Europa bleiben sollte. Es beauftragte die österreichische Präsidentschaft, gemeinsam mit Ministern anderer Mitgliedstaaten zu prüfen, welche Rolle der Europarat in dem Prozeß der Europäischen Einigung spielen könnte.

Auf deutschen Wunsch wurde die Frage des Satellitenfernsehens angesprochen. Es bestand Einigkeit darüber, daß angesichts der technischen Entwicklung verschiedene Aspekte dieser Frage beschleunigt geprüft werden müßten und daß hierfür der Europarat das geeignete Forum wäre. Dementsprechend wurden die Ministerdelegierten beauftragt, die Möglichkeiten einer rechtlichen Regelung in diesem Bereich mit Vorrang zu prüfen und hierüber dem 71. Ministerkomitee zu berichten.

Die Minister wurden über die Vorbereitung einer europäischen Konferenz der Arbeitsminister unterrichtet, die 1983 auf Einladung Frankreichs in Paris stattfinden wird. Sie verabschiedeten eine Erklä-

rung über die Freiheit der Meinungsäußerung und Information, der eine britische Initiative zugrunde lag. Sie nahmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Ministerbeauftragten im Januar 1982 eine Empfehlung über die internationale Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Ahndung von Terrorakten verabschiedet haben.

Die Präsidentschaft erstattete Bericht über den Meinungsaustausch der Ministerbeauftragten über KSZE-Fragen, der im Februar 1982 unter Hinzuziehung von Experten der Außenministerien stattfand.

Breiten Raum nahm wiederum die Diskussion über die Lage in der Türkei ein. Der türkische Außenminister Türkmen betonte erneut die Entschlossenheit seiner Regierung, die Türkei zu einer funktionsfähigen pluralistischen Demokratie zurückzuführen, sowie das Interesse, einen Bruch zwischen der Türkei und Europa zu vermeiden. Der belgische Außenminister Tindemans unterrichtete das Ministerkomitee über seine Türkei-Reise im Auftrag der EG-Länder. In der Aussprache wurde von verschiedenen Delegationen Kritik an der Entwicklung in der Türkei geübt, insbesondere im Hinblick auf die andauernden Menschenrechtsverletzungen.

Zur Lage in Polen und Afghanistan brachten die Minister ihre Besorgnis zum Ausdruck und wiederholten ihre Forderung nach politischen Lösungen. Bezüglich der KSZE-Folgekonferenz in Madrid äußerten sie die Hoffnung, daß die Wiederaufnahme der Verhandlungen im November 1982 zu einem substantiellen und ausgewogenen Schlußdokument führen würde.

Der Vorsitz im Ministerkomitee ging mit Ablauf der 70. Sitzung auf Österreich über.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* hielt im Berichtszeitraum fünf Sitzungen ab (346. bis 350.). Im Rahmen der 346. Sitzung erfolgte am 23. Juni 1982 eine Diskussion mit dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, J.M. de Areilza.

2. Parlamentarische Versammlung

Die Parlamentarische Versammlung hielt den ersten Teil ihrer 34. Sitzungsperiode vom 26. bis 30. April 1982 ab und begann den zweiten Teil am 29. September 1982 (Dauer bis 7. Oktober 1982). In der April-Sitzung beschäftigten sich die Abgeordneten u. a. mit dem Falkland-Konflikt, der Verteidigung der Demokratie in Europa gegen den Terrorismus, den Menschenrechten in Lateinamerika, der Lage in Polen, der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, den demographischen Veränderungen in Europa und den Entwicklungsländern, der Welternährungssituation, der VN-Konferenz über Energieprobleme, einer geplanten europäischen Konferenz über den Beitrag Europas zur Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen und der Erhaltung der Weltrohstoffvorkommen, der kulturellen Zusammenarbeit in Europa sowie Fragen des europäischen Lufttransports,

der Abfallverwertung und der Konzentration von Kernkraftwerken in Grenzregionen. Es sprachen der Außenminister Zyperns, Nicos Rolandis, und der norwegische Minister für Kultur und Wissenschaft, Lars Langset.

Als Vorsitzender des Ministerkomitees erstattete der Staatsminister im britischen Außenministerium, Douglas Hurd, den Abgeordneten Bericht, wobei er die Gelegenheit nutzte, die Haltung seiner Regierung im Falkland-Konflikt zu erläutern.

Auf Einladung der deutschen Delegation hielten sich 80 Abgeordnete der Parlamentarischen Versammlung im April 1982 zu einem dreitägigen Besuch in Berlin auf.

II. Politische Fragen

1. Türkei

Am 1. Juli 1982 reichten Dänemark, Frankreich, die Niederlande, Norwegen und Schweden getrennt voneinander, jedoch mit ähnlichen Begründungen, Staatenbeschwerden gegen die Türkei wegen Menschenrechtsverletzungen gemäß Artikel 24 der Europäischen Menschenrechtskonvention bei der Menschenrechtskommission ein.

2. Außenpolitischer Meinungs austausch

Im Rahmen ihres außenpolitischen Meinungs austausches erörterten die Ministerbeauftragten unter Hinzuziehung von Sachverständigen der Außenministerien am 18. Juni 1982 Fragen der Vereinten Nationen.

3. Kolloquium Europa — Japan

Vom 24. bis 25. Juni 1982 veranstaltete der Europarat in Straßburg ein Kolloquium über die Beziehungen zwischen West-Europa und Japan, an dem sich ca. 40 Fachleute aus verschiedenen europäischen Ländern und aus Japan beteiligten.

III. Aus der Tätigkeit des Europarats in seinen sonstigen Aufgabenbereichen

1. Menschenrechtsfragen

Der Lenkungsausschuß für Menschenrechte hat Ende April 1982 den Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention über die Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten fertiggestellt und dem Ministerkomitee zugeleitet, das die Beratungen hierüber aufgenommen hat.

Mit Urteil vom 15. Juli 1982 hat der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte* in der Sache Eckle gegen die Bundesrepublik Deutschland festgestellt, daß die Dauer zweier Wirtschaftsstrafverfahren Artikel 6 EMRK verletzt. Im Berichtszeitraum sind drei weitere die Bundesrepublik betreffende Sachen dem Gerichtshof vorgelegt worden. Sie betreffen Fragen der Pflichtverteidigung im Revisionsverfahren, die Zurückweisung einer Revision im schriftlichen Verfahren nach dem BGH-Entlastungsgesetz

in Zivilsachen (Grundsatz der Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens) sowie der Unentgeltlichkeit der Dolmetschergestellung im Ordnungswidrigkeitenverfahren.

2. Soziale Fragen und öffentliches Gesundheitswesen

Vom 22. bis 24. September 1982 fand in Madrid die *2. Konferenz der europäischen Sozialminister* statt: Hauptthema war die allgemeine Einführung der sozialen Sicherheit als ein Aspekt der Sozialpolitik. Dabei wurden die verschiedenen Wege erörtert, die hierfür von den Mitgliedstaaten gewählt wurden. Die Konferenz war sich darin einig, daß die soziale Sicherheit ein wichtiges Element der Sozialpolitik ist und daß die Anstrengungen zum Schutz der Bevölkerung gegen soziale und wirtschaftliche Risiken auch in einer Zeit fortzusetzen sind, die durch schwierige von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage verursachte Finanzierungsprobleme gekennzeichnet ist.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* verabschiedete eine Empfehlung über Beschäftigungspolitik und den Schutz der Arbeitnehmer gegen die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit (R (82) 8). Ziel der Empfehlung ist es, durch wirtschafts- und sozialpolitische Belange berücksichtigende arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen in den Mitgliedstaaten einen möglichst hohen Beschäftigungsstand zu erreichen bzw. zu erhalten. Soweit Arbeitslosigkeit nicht zu vermeiden sei, solle ein annehmbarer Lebensstandard der Betroffenen gesichert werden. Die Empfehlung bezieht auch die Abstimmung mit den Sozialpartnern bei Planung und Durchführung geeigneter Maßnahmen ein. Die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik Deutschland entspricht den Forderungen dieser Empfehlung.

Der *Lenkungsausschuß für innereuropäische Wanderungen* hat eine Empfehlung über die Wanderarbeitnehmer der zweiten Generation soweit vorbereitet, daß diese voraussichtlich vom Ministerkomitee im Oktober 1982 verabschiedet werden kann. Der Entwurf zielt auf eine Erleichterung der beruflichen und sozialen Integration von Kindern von Wanderarbeitnehmern im Aufnahmeland unter Wahrung und Förderung ihrer kulturellen Bindungen an das Herkunftsland sowie auf Unterstützung im Falle der freiwilligen Rückkehr in das Herkunftsland. Hingewiesen wird auch auf die Bedeutung, die hierbei der Zusammenarbeit zwischen Aufnahme- und Herkunftsländern zukommt. Soweit der endgültige Text im Widerspruch zur deutschen Rechtslage bzw. zu den ausländerpolitischen Beschlüssen der Bundesregierung steht — z. B. bei den Bestimmungen über Nachzug von Ehegatten, Ausweisungsschutz und Beschäftigungszugang —, wird seine Anwendung für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland vorbehalten werden müssen.

Der *Lenkungsausschuß für soziale Angelegenheiten* (CDSO) hat sich mit der Vorbereitung eines Kolloquiums des Europarats über das Thema Beteiligung der Benutzer an der Arbeit und der Organisation von Sozialdiensten beschäftigt. Das Kolloquium soll im Oktober/November 1983 in Straßburg mit einer

begrenzten Teilnehmerzahl stattfinden und Sozialwissenschaftlern, Mitarbeitern und Benutzern von Sozialdiensten Gelegenheit zur Erörterung von aktuellen Fragen der Partizipation geben.

Im Bereich des Sozialstipendienprogramms werden im Jahr 1982 wieder 90 Stipendiaten aus sozialen Berufen zu zwei- bis vierwöchigen Studienaufenthalten die verschiedenen Länder des Europarats aufsuchen. An einer Neufassung und Aktualisierung der Stipendienvorschriften wird zur Zeit gearbeitet. Für das Gruppenstipendienprogramm 1983 hat der CDSO als Thema gewählt: Die Unternehmen für die Vermittlung von Zeitarbeit — allgemeine Fragen und Fragen der legalen oder illegalen grenzüberschreitenden Zeitarbeit.

Der *Lenkungsausschuß Gesundheit* ist zur Zeit mit der praktischen Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz der europäischen Gesundheitsminister befaßt. Auf der Grundlage von Vorarbeiten der Weltgesundheitsorganisation werden insbesondere die Einflüsse langfristiger Arbeitslosigkeit auf die Gesundheit untersucht.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt liegt bei Problemen im medizinisch-juristischen Grenzbereich. Nach der Entschließung des Ministerkomitees über die Harmonisierung der Transplantationsgesetzgebung wird jetzt an einem Entwurf über den Rechtsschutz geistig-seelisch Kranker gearbeitet. Das nächste Vorhaben wird sich mit dem Rechtsschutz des Patienten befassen.

Aus dem Bereich des *Teilabkommens* für öffentliches Gesundheitswesen ist zu berichten, daß das Komitee der Ministerbeauftragten zwei Resolutionen verabschiedet hat, die zum einen die Information und Werbung für Arzneimittel (AP(82)1) und zum anderen die Klassifizierung bestimmter verschreibungspflichtiger *Arzneimittel* (AP(82)2) regeln.

Außerdem nahm der Ministerausschuß einen Bericht über *Antibiotika in Tierfuttermitteln* an, der die Anwendung einer entsprechenden Resolution (Umsetzung in nationales Recht) in den Mitgliedstaaten zum Inhalt hat.

Aus dem Übereinkommen zur Ausarbeitung des Europäischen Arzneibuches nimmt Finnland als 16. Staat — der erste Staat, der nicht Mitglied des Europarats ist — teil. Die Arbeiten an der 2. Ausgabe des Europäischen Arzneibuches gehen gut voran. So wurde inzwischen Band IV dieser 2. Ausgabe mit ca. 50 Arzneimitteln im Juni 1982 in englischer und französischer Sprache vorgelegt. Die 2. Ausgabe wird in der Bundesrepublik bis Anfang 1985 in Kraft gesetzt.

Der *Wiedereingliederungs-Fonds* setzte seine erfolgreiche Tätigkeit im Berichtszeitraum fort.

3. Kultur und Erziehung

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* verabschiedete eine Empfehlung über den Europäischen Schultag (R(82)9).

Der *Rat für kulturelle Zusammenarbeit* (CDCC) gedachte anlässlich seiner 42. Sitzung (1. bis 4. Juni

1982) in Delphi seines 20jährigen Bestehens; aus diesem Anlaß wurde eine Erklärung verabschiedet, die den Stellenwert der kulturellen Zusammenarbeit im Europarat unterstreicht und gleichzeitig für die Notwendigkeit einer Verbreiterung kultureller Werte und kultureller Förderung eintritt. Im Europarat wird in diesem Zusammenhang angestrebt, eine Deklaration über kulturelle Ziele auszuarbeiten und zur 4. Europäischen Kulturministerkonferenz 1984 vorzulegen.

Der CDCC nahm ferner den Entwurf einer Empfehlung über das Lehren und Lernen lebender Fremdsprachen an, der von der Abschlußkonferenz zum Projekt *Lebende Fremdsprachen: 1971 bis 1981* im Februar 1982 vorbereitet worden war.

Eine *Konferenz über das Rahmenthema Vorbereitung auf das Leben*, die vom 24. bis 28. Mai 1982 in Straßburg stattfand, behandelte in Zusammenfassung und Auswertung eines seit 1978 durchgeführten Projekts Fragen des Beitrags der Schule zur Persönlichkeitsentwicklung sowie der Berufschancen junger Menschen. Eine zusammenfassende Konferenzempfehlung wird dem Komitee der Ministerbeauftragten des Europarats zugeleitet.

Zur Vorbereitung des *Europäischen Jahres der Musik 1985* trat ein europäisches Organisationskomitee unter der Präsidentschaft von Bundespräsident a. D. Scheel, Professor Rolf Liebermann und Dr. Massimo Bogianchino am 7. September 1982 zu seiner konstituierenden Sitzung in Straßburg zusammen.

4. Medien

Auf deutschen Vorschlag hat das *Ministerkomitee* in seiner 70. Sitzung am 29. April 1982 in Straßburg die Ministerstellvertreter beauftragt, Möglichkeiten rechtlicher Regelungen im Rahmen des Europarats für den grenzüberschreitenden Satellitenrundfunk in Europa mit Vorrang zu prüfen und dem 71. Ministerkomitee darüber zu berichten.

Das Ministerkomitee hat ferner eine Prinzipienklärung über Freiheit der Meinungsäußerung und Information verabschiedet. Darin bekräftigen die 21 Mitgliedstaaten des Europarats die grundlegende Bedeutung der Meinungs- und Informationsfreiheit für eine demokratische, pluralistische Staats- und Gesellschaftsordnung und bekunden ihren Willen, zur Sicherung dieser Freiheiten ihre Zusammenarbeit im Medienbereich zu intensivieren.

5. Jugendfragen

Der im November 1981 vom Komitee der Ministerbeauftragten eingesetzte *ad hoc-Ausschuß für Jugendexperten* hat im Juni 1982 erstmals getagt. Die Vertreter der 23 Mitgliedstaaten der Europäischen Kulturkonvention haben dabei ausführlich die aktuelle Situation der Jugend in Europa erörtert; Grundlage der Diskussion waren Berichte über die Situation in einzelnen Ländern, die zuvor auf Initiative des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit von einer Arbeitsgruppe erstellt worden waren. Der Ausschuß wird auf seiner nächsten Sitzung versuchen, aufgrund des Ergebnisses dieser Diskussion

Empfehlungen an das Ministerkomitee und die Mitgliedstaaten zu formulieren.

Das *Europäische Jugendzentrum* veranstaltete im Berichtszeitraum 14 Seminare mit insgesamt 404 Teilnehmern (davon 32 aus der Bundesrepublik Deutschland), zwei Kolloquien mit insgesamt 91 Teilnehmern (davon 13 deutsch), sechs Sprachkurse mit 138 Teilnehmern (davon 14 deutsch), zwei Ausbildungskurse mit 62 Teilnehmern (davon zwei deutsch) sowie zwei Konsultativtreffen. Die Zahl der Teilnehmer an den Maßnahmen des Zentrums konnten gegenüber dem vorhergegangenen Berichtszeitraum erheblich gesteigert werden. Hervorzuheben ist ein Konsultativtreffen über die Zukunft des Europäischen Jugendzentrums im Hinblick auf Zielsetzungen und Arbeitsmethoden in den 80er Jahren. Dabei wurde die bisherige Arbeit des Zentrums einer kritischen Analyse unterzogen und versucht, Perspektiven für seine künftige Entwicklung zu entwerfen. Es wurde gefordert, die Arbeit des Zentrums thematisch und inhaltlich stärker zu strukturieren, sie unter Einbeziehung europäischer Jugendhäuser in den Mitgliedstaaten zu dezentralisieren und eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Jugendzentrum, dem Europäischen Jugendwerk und künftig auch dem ad hoc-Ausschuß für Jugendexperten sicherzustellen.

Das im Juni 1982 erschienene Bulletin des Europäischen Jugendzentrums befaßte sich schwerpunktmäßig mit dem Internationalen Jahr der Jugend 1985.

Das *Europäische Jugendwerk* förderte im Berichtszeitraum über 40 Maßnahmen der Internationalen Jugendarbeit mit einem breiten Spektrum, das von Pfadfindertreffen mit 3 000 jugendlichen Teilnehmern bis zur Produktion einer Lichtbildserie zum Thema Friedenspolitik reicht. Wie schon früher zielten zahlreiche Maßnahmen darauf ab, die Jugendlichen aus den südeuropäischen Ländern stärker in die Internationale Jugendarbeit einzubeziehen. Vier Begegnungen fanden in den Ländern statt, die nicht dem Europarat angehören.

Das Europäische Jugendwerk hat in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Jugendrat (CENYC) und dem Europäischen Koordinierungsbüro Internationaler Jugendorganisationen (ECB) einen Führer zur Internationalen Jugendarbeit herausgegeben, der Jugendliche und Jugendorganisationen über die Jugendarbeit auf europäischer Ebene, über die bestehenden Institutionen und Strukturen sowie die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in diesem Bereich unterrichten soll.

6. Umweltfragen

Das Komitee der Ministerbeauftragten verabschiedete Empfehlungen über Alluviale Wälder in Europa (R(82)12) und Trockenrasen in Europa (R(82)13).

Vom 13. bis 15. September 1982 fand in Straßburg die 1. Sitzung des *Ständigen Ausschusses des Übereinkommens über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume* statt. Das im Rahmen des Europarats erarbeitete Übereinkommen trat am 1. Juni

1982 völkerrechtlich in Kraft und ist bisher von acht Staaten sowie von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ratifiziert worden.

Im *Expertenkomitee Geschützte Gebiete* wurde der Antrag des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen auf Verleihung des Europadiploms an den Alpennationalpark Berchtesgaden zustimmend geprüft und dem Sekretariat zur weiteren Veranlassung zugeleitet.

7. Raumordnung und Städtebau

Der für die Raumordnung zuständige Ausschuß der Hohen Beamten beim Europarat hat im Berichtszeitraum die Vorbereitungen der 6. Europäischen Raumordnungsministerkonferenz (EMKRO) fortgesetzt, die voraussichtlich am 26. bis 27. Oktober 1982 in Madrid stattfinden wird.

Auf seiner 2. Sitzung hat der *Lenkungsausschuß Raumordnung* des Europarats im Mai 1982 das Arbeitsprogramm für die Jahre 1982/83 festgelegt, wobei Aktionen zur Implementierung der auf der 6. EMKRO zur Verabschiedung anstehenden Europäischen Raumordnungscharta im Vordergrund stehen werden.

Nach Abschluß der Europäischen Kampagne zur Stadterneuerung März 1982 in Berlin hat sich im April 1982 der *Lenkungsausschuß Städtebau und Denkmalschutz* in Straßburg konstituiert. Der Lenkungsausschuß beschloß Arbeitsprogramme für 1982 und 1983, mit denen in den Bereichen Städtebau und Denkmalschutz die Erfahrungen aus der Kampagne, aber auch aus dem Europäischen Denkmalschutzjahr 1975, vertieft und die Entwicklungen auf diesen Gebieten weiterverfolgt werden sollen.

8. Rechtsfragen

Die XIII. Konferenz der Europäischen Justizminister vom 25. bis 27. Mai 1982 in Athen sprach sich für die Entwicklung einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den Europäischen Gemeinschaften und eine Verstärkung der Arbeit des Europarats in allen Rechtsbereichen einschließlich der Menschenrechte aus. Der Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention betreffend die Abschaffung der Todesstrafe soll möglichst bald vom Ministerkomitee geprüft werden. Der Lenkungsausschuß für rechtliche Zusammenarbeit soll aufgefordert werden, die Fragen des Erwerbs des Familiennamens und der Rechtsprobleme aus Straßenverkehrsunfällen zu prüfen.

Der Lenkungsausschuß für Strafrechtsfragen soll sich mit den Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftskrisen und dem Straf- sowie Strafprozeßrecht und mit der weiteren Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität befassen.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* nahm den vom Unterausschuß PC-R-DE (Ausländer im Strafvollzug) erarbeiteten Entwurf eines Übereinkommens über die Überstellung Verurteilter an. Das Übereinkommen, dessen Auflegung zur Zeichnung

in Kürze beabsichtigt ist, soll neben das bereits bestehende Übereinkommen vom 28. Mai 1970 über die internationale Geltung von Strafurteilen treten und ein gegenüber diesem Übereinkommen beschleunigtes und vereinfachtes Verfahren zur Überstellung von Verurteilten zur Verbüßung freiheitsentziehender Sanktionen in einem anderen als dem Urteilsstaat eröffnen.

Besondere praktische Bedeutung könnte das neue Übereinkommen dadurch gewinnen, daß die USA und Kanada, die an seiner Erarbeitung aktiv beteiligt waren, ihm beizutreten beabsichtigen.

Den Vorschlägen des *Lenkungsausschusses für Strafrechtsfragen* folgend, verabschiedeten die Ministerbeauftragten Empfehlungen über erpresserischen Menschenraub (R(82)14), die Rolle des Strafrechts beim Verbraucherschutz (R(82)15), den Hafturlaub (R(82)16), die Verwahrung und Behandlung gefährlicher Gefangener (R(82)17).

Ferner beschlossen die Ministerbeauftragten die Abhaltung eines Seminars über praktische Fragen der Verfolgung der Wirtschaftskriminalität im Oktober 1982.

Der *Lenkungsausschuß für rechtliche Zusammenarbeit* hat in seiner Sitzung vom 28. Juni bis 2. Juli 1982 mit der Beratung von Empfehlungen über staatenlose Nomaden, über den Rechtsschutz von zwangsweise untergebrachten Geisteskranken und den Schutz von Benutzern juristischer Datenverarbeitungssysteme begonnen. Als Termin für das Kolloquium in Freiburg (Schweiz) über Grundsätze und Methoden des Entwerfens von Rechtsnormen wurde der 13. bis 15. Oktober 1982 festgelegt. Für das Jahr 1983 wird ein Kolloquium in Delphi über den völkerrechtlichen Schutz von Kulturgütern vorbereitet.

Eine vom Lenkungsausschuß für rechtliche Zusammenarbeit eingesetzte Sachverständigengruppe hat in sechs Sitzungen dem Entwurf einer Übereinkunft

über die Anerkennung des einfachen Eigentumsvorbehalts an beweglichen Sachen erarbeitet, der nunmehr dem Lenkungsausschuß zur Beratung vermutlich in einer Sitzung im Juni/Juli 1983 vorliegt. Das Ergebnis der Beratung läßt sich noch nicht absehen.

Eine Arbeitsgruppe, in der die Bundesrepublik Deutschland Mitglied war, hat den Entwurf einer Empfehlung zum Schutz personenbezogener Daten für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und Statistik fertiggestellt. Der Entwurf enthält eine Reihe von Leitlinien und Grundsätzen zum Ausgleich möglicher Interessenkonflikte mit den schutzwürdigen Belangen des einzelnen bei der Verwendung personenbezogener Daten zu wissenschaftlichen und statistischen Zwecken. Der Entwurf wird Ende September 1982 auf der Sitzung des Sachverständigenausschusses für Datenschutz beraten und im Falle seiner Billigung dem Lenkungsausschuß für rechtliche Zusammenarbeit vorgelegt. Die endgültige Entscheidung obliegt dem Ministerkomitee.

Zu Fragen des Tierschutzes verabschiedete das *Komitee der Ministerbeauftragten* Empfehlungen zum Vogelschutz (R(82)10) und zum Schutz von Schmetterlingen (R(82)11).

Der *Ständige Ausschuß nach Artikel 8 des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen* hat die allgemeinen Anforderungen, die bei der Haltung von Legehennen zu beobachten sind, soweit fertiggestellt, daß sie dem Ministerkomitee vorgelegt werden könnten. Mit einer solchen Vorlage wird der Ausschuß jedoch so lange warten, bis auch die besonderen Anforderungen für die unterschiedlichen Haltungssysteme erarbeitet sind. Die Erarbeitung und abschließende Beratung der besonderen Anforderungen wurde jedoch ausgesetzt, bis der EG-Ministerrat die ihm vorliegende Richtlinie verabschiedet hat und die Anforderungen aufeinander abgestimmt werden können.

Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1982

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeines	7
II. Politische Fragen	8
III. Haushaltsfragen	8
IV. Rüstungskontrollamt	8
V. Ständiger Rüstungsausschuß	8
VI. Zusammenfassung	9

I. Allgemeines

1. Der WEU-Ministerrat trat am 19. Mai 1982 in London unter dem Vorsitz des britischen Staatsministers im Foreign and Commonwealth Office, Lord Belstead, zusammen. Die deutsche Delegation leitete Staatsminister Frau Dr. Hamm-Brücher. Frankreich wurde von dem Generalsekretär im Außenministerium, M. F. Gutmann, die Niederlande von dem Staatssekretär im Außenministerium, H. van den Broek, Luxemburg vom Staatssekretär im Außenministerium, M. P. Helming, die übrigen Mitgliedstaaten durch ihre Ständigen Vertreter im Rat vertreten.

Der Ministerrat erörterte Fragen der Ost-West-Beziehungen, die Lage im Mittelmeerraum, das Mandat für den Ständigen Rüstungsausschuß und die Beziehungen zwischen Rat und Versammlung.

Im Anschluß an die Sitzung fand ein Arbeitsessen mit dem Präsidialausschuß der Versammlung unter dem Vorsitz des britischen Staatsministers im Foreign and Commonwealth Office, Douglas Hurd, statt. An diesem Essen nahmen ebenfalls Vertreter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten sowie des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen der Versammlung teil. Danach folgten gemeinsame Sitzungen des Rats mit dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten und dem Verteidigungs- und Rüstungsausschuß.

Themen des informellen Treffens mit dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten waren vor allem der Falkland-Konflikt, die Politische Zusammenarbeit in Europa, die Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA über Sicherheitsfragen innerhalb und außerhalb Europas, die polnische Frage und Aktivitäten der WEU.

Während der gemeinsamen Sitzung des Verteidigungs- und Rüstungsausschusses mit dem Rat wurden vor allem Fragen aus dem Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung erörtert.

Nach den Sitzungen am 19. Mai 1982 ging der Vorsitz im WEU-Rat turnusmäßig auf Belgien über.

2. Die WEU-Versammlung trat vom 14. bis 17. Juni 1982 zum ersten Teil ihrer 28. Sitzungsperiode in Paris zusammen. Der britische Unterhausabgeordnete Fred Mulley (Labour) wurde durch Akklamation als Präsident der Versammlung und MdB Dr. Geßner (SPD) zu einem ihrer sechs Vizepräsidenten wiedergewählt.

Als Vertreter der Regierungen sprachen der belgische Außenminister Tindemans, der französische Außenminister Cheysson und der deutsche Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Dr. Leister. Außenminister Tindemans erstattete als Ratsvorsitzender den 27. Jahresbericht des Rats an die Versammlung. Die Abgeordneten beschäftigten sich u. a. mit der Rolle der WEU in der Gegenwart und verabschiedeten drei Empfehlungen, die von dem Wunsch getragen waren, die Aktivitäten der WEU (vor allem des Rats) zu verstärken und die WEU den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen.

Für die Bundesrepublik Deutschland war die Empfehlung des luxemburgischen Abgeordneten Prussen von besonderer Bedeutung. In dieser mit großer Mehrheit angenommenen Empfehlung wird u. a. der Abbau von überholten Rüstungskontrollen und die Aufhebung der letzten für die Bundesrepublik Deutschland geltenden und im WEU-Vertrag verankerten Herstellungsbeschränkungen im konventionellen Bereich empfohlen.

Die Debatten konzentrierten sich außerdem auf die Themen Abrüstung, das Problem der Atomwaffen in Europa, die Lage in Polen, die Lage im Mittleren Osten, die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit für den internationalen Frieden und die gemeinsame Sicherheit, Harmonisierung der Forschung im Bereich der zivilen und militärischen fortschrittlichen Technologie und internationale aeronautische Konsortien.

3. Der Ständige Rat tagte regelmäßig auf Botschaferebene in London. Er beantwortete die Empfehlungen, die die Versammlung während des 2. Teils der 27. Sitzungsperiode (30. November bis 3. Dezember 1981) verabschiedet hatte, sowie eine schriftliche Frage nach europäischer Kooperation im Bereich des Flugzeugbaus. Der Rat berät gegenwärtig die Antworten auf die Empfehlungen, die von der Versammlung im Juni 1982 verabschiedet wurden, sowie zwei schriftliche INF und MBFR betreffende Fragen.

II. Politische Fragen

1. Im Mittelpunkt der Aussprache des Ministerrats standen die Ost-West-Beziehungen. Staatsminister Frau Dr. Hamm-Brücher wies in ihrem Einführungsbeitrag darauf hin, daß die vor mehr als zehn Jahren begonnene Politik einer Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses in den letzten Jahren schweren Belastungen ausgesetzt worden sei. Als Beispiel für diese Entwicklung nannte sie die sowjetische Intervention in Afghanistan, die Krisen in und um Polen und die breit angelegte sowjetische Aufrüstung. Trotz dieser Rückschläge im Ost-West-Verhältnis bleibe die Bundesregierung jedoch weiterhin bestrebt, nicht zum Kalten Krieg zurückzukehren, sondern die Kommunikation zwischen Ost und West aufrechtzuerhalten. Voraussetzung für einen erfolgreichen Dialog mit dem Osten sei eine auf gleichberechtigter Konsultation und Absprache beruhende Einigkeit des Westens. Die von Staatsministerin Frau Dr. Hamm-Brücher vorgelegte Bewertung fand die Zustimmung der anderen Delegationen.

Zu den Höhepunkten der WEU-Versammlung gehören die Ansprachen der Regierungsvertreter. Der französische Außenminister Cheysson stellte die Haltung der französischen Regierung zur Verteidigung Europas dar. Er bekräftigte einerseits die Sonderstellung Frankreichs in der Allianz auf Grund der französischen Nuklearbewaffnung, er unterstrich andererseits die loyale Zusammenarbeit Frankreichs mit der Allianz. Im Hinblick auf das notwendige Gleichgewicht der Kräfte betonte er die Bedeutung Nordamerikas für die europäische Verteidigung. Er wies weiterhin auf nuancierte europäische Positionen in einzelnen sicherheitspolitischen Fragen hin und forderte, daß hierzu eine öffentliche Diskussion stattfinden solle. Nach Auffassung Cheyssons sei hierfür die WEU-Versammlung ein besonders geeignetes Forum.

Staatssekretär Dr. Leister hielt eine Ansprache über aktuelle Aspekte deutscher Sicherheits-

und Verteidigungspolitik. Im Anschluß an seine Rede beantwortete er Fragen zum deutsch-französischen Projekt eines Kampfpanzers, über Möglichkeiten der Verbesserung der Rüstungs Kooperation in Europa und von Europa mit den USA und zu den Auswirkungen des Falkland-Konflikts auf die NATO.

Zu den aktuellen politischen Themen verabschiedete die Versammlung einstimmig eine Empfehlung über die Entwicklung der Lage in Polen, in der die Aufhebung des Kriegsrechts, die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Wiederaufnahme von Gesprächen zwischen Regierung, einem freien Gewerkschaftswesen, wie früher von Solidarität verkörpert, und der katholischen Kirche gefordert wird.

In einer Empfehlung über die Lage im Nahen Osten verurteilte die Versammlung scharf die israelische Aggression im Libanon und forderte den Abzug aller nicht-libanesischen Streitkräfte aus dem Libanon mit Ausnahme der Interimstruppe der Vereinten Nationen, die noch verstärkt werden sollte.

In dieser Empfehlung wurde die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß der Frieden im Nahen Osten nur erreicht werden könne, wenn dem palästinensischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung in einem nationalen Gebiet und das Existenzrecht des Staates Israel innerhalb von sicheren und international anerkannten Grenzen zugesichert würden.

III. Haushaltsfragen

Angesichts der sich verschärfenden Haushaltslage in einigen Mitgliedstaaten nahm die Behandlung von Haushaltsfragen einen breiten Raum in der Arbeit des Ständigen Rates ein. Auf Grund dieser intensiven Beratungen und des Kooperationswillens der Mitgliedstaaten konnten im Haushalt der WEU 1982 Einsparungen erzielt werden. Bei den ministeriellen Organen der WEU (Generalsekretariat, Ständiger Rüstungsausschuß, Rüstungskontrollamt) wurde ein Minuswachstum im Haushalt 1982 erreicht.

IV. Rüstungskontrollamt

Das Rüstungskontrollamt setzte die Mengenkontrollen der von den Vertragspartnern auf dem europäischen Festland gehaltenen Waffenbestände und die Nichtherstellungskontrollen in der Bundesrepublik Deutschland fort.

V. Ständiger Rüstungsausschuß

Der Ständige Rüstungsausschuß ist gegenwärtig damit beschäftigt, gemäß dem vom Ministerrat erteilten Mandat die vertrauliche Fassung der Wirtschaftsstudie über die Rüstungsindustrie in den WEU-Staaten fortzuschreiben.

VI. Zusammenfassung

Unter der britischen Präsidentschaft wurden die Bemühungen fortgesetzt, die Beziehungen zwischen Rat und Versammlung zu pflegen. Diese Bemühungen fanden insbesondere ihren Ausdruck in der Teilnahme von Regierungsvertretern am ersten Teil der 28. Sitzungsperiode der WEU-Versammlung in Paris.

Die Bundesregierung tritt unverändert dafür ein, daß das gute Verhältnis des Rats zur Versammlung auch in Zukunft durch regelmäßige informelle Treffen beider Gremien weiter ausgebaut wird. Zu diesem Ziel haben während der diesjährigen Ministerratsitzung am 19. Mai 1982 Treffen und gemeinsame Sitzungen mit dem Präsidentalausschuß, dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten und dem Verteidigungs- und Rüstungsausschuß stattgefunden.

